## II-1807der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 91873

1980 -12- 17

Änfrage

der Abgeordneten Elisabeth SCHMIDT, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Einführung der Freifahrt für Präsenzdiener auf

öffentlichen Verkehrsmitteln

Im Jahre 1979 ereigneten sich 427 Verkehrsunfälle, an denen Soldaten mit ihren Zivilfahrzeugen beteiligt waren. Hiebei fanden 41 Personen den Tod, während 329 schwer und 218 leicht verletzt wurden. Bei 95% der in diese Unfälle verwickelten Soldaten handelte es sich um Grundwehrdiener.

Angesichts dieser besorgniserregenden Zahlen erscheint es geboten, Präsenzdiener, die sich überwiegend in einer Altersgruppe befinden, die - statistisch belegt - eine hohe Rate an Verkehrsunfällen aufweist, so weit wie möglich von den Gefahren des Straßenverkehrs fernzuhalten. Aus diesem Grunde wäre es vorteilhaft, Präsenzdienern in Uniform die Freifahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln zum Nulltarif zu ermöglichen. Nach der derzeitigen Rechtslage sind den Präsenzdienern nur einmal monatlich die Kosten der Hin- und Rückreise von der Kaserne zu ihrem Wohnsitz zu ersetzen. Da aber die Soldaten verständlicherweise öfter als nur einmal monatlich ihren Garnisonsort verlassen und ihren Wohnort aufsuchen, müssen sie diese weiteren Fahrtkosten - gleichgültig mit welchem Verkehrsmittel die Fahrt angetreten wird - aus der eigenen Tasche bezahlen, so daß sich viele von ihnen ihres privaten Kraftfahrzeuges bedienen.

Mit der Einführung der Freifahrt bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel durch Präsenzdiener wären folgende Vorteile verbunden:

- für die Präsenzdiener bestünde ein Anreiz, nicht ihre privaten Kraftfahrzeuge, sondern öffentliche Verkehrsmittel zu benützen, wodurch die Unfallrate erheblich gesenkt werden könnte;
- es würde sich eine Verringerung des Treibstoffverbrauches und damit eine Energieeinsparung ergeben;
- weniger Unfälle würden gleichzeitig auch weniger Unfalltote und Verletzte bedeuten, womit eine Einsparung an Sozialleistungen verbunden wäre;
- auf diese Weise könnte das Parkraumproblem rings um die Kasernen, die nicht über eigene Parkplätze verfügen, weitgehend entschärft werden;
- letztlich ergäbe sich auch eine fühlbare finanzielle Entlastung der Grundwehrdiener, die angesichts des nur S 30,- betragenden Taggeldes in den meisten Fällen ohnedies unter drückender Geldnot leiden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

## ANFRAGE:

- 1) Wurde von Ihnen die Frage der Einführung der Freifahrt für Präsenzdiener auf öffentlichen Verkehrsmitteln von und zur Kaserne unter den Gesichtspunkten der Senkung der Unfallrate, der Energieeinsparung,
  der Einsparung von Sozialleistungen und der Behebung des Parkraumproblems in Kasernen einer Prüfung unterzogen?
- 2) Werden Sie sich unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sowie des Aspekts der finanziellen Entlastung der Präsenzdiener für die Einführung der Freifahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln einsetzen?